

Die einst bestbezahlten Beamten.

Die Notrufe der n.-ö. Landesbeamten.

Wie hatte es doch einst der niederösterreichische Landesbeamte in der christlichsozialen Ära so schön. Gar mancher Staatsbeamte wünschte damals seine Stellung mit der eines niederösterreichischen Landesangestellten zu vertauschen. Und heute? Jetzt flattert vom Landhaus in der Herrngasse der rote Wimpel, jetzt hat nicht nur der Steuerträger des Landes Niederösterreich, sondern auch der Landesbeamte Gelegenheit, die Segnungen der sozialdemokratischen Theorie auszukosten. Was die sozialdemokratischen Parteihäupter zur Verwirklichung der einst gepredigten Angestelltenfürsorge bisher unternommen oder vielmehr nicht unternommen haben, hat in kurzer Zeit selbst in den unzugänglichsten Optimisten Zweifel an das Glück des sozialdemokratischen Zukunftsstaates erweckt. Wenn man die frühere Lage eines niederösterreichischen Landesbeamten mit den Gehältern von heute vergleicht, versteht man die Erbitterung, die aus nächstehender an uns gerichteter Zuschrift von Angehörigen dieses Berufes spricht:

Die Lebensverhältnisse werden täglich unerträglich. Es vergeht fast kein Tag, der uns nicht mit Preiserhöhung irgend eines Bedarfsartikels beglückt. Während für den Arbeiter durch fortgesetzte Lohn erhöhungen gesorgt wird, kümmert sich um uns Landesbeamte niemand. Es wurde uns bereits im Mai eine ausreichende Gehaltsregulierung versprochen, aber auch nur versprochen. Die Angestellten des Wiener Magistrates sowie die Wiener Lehrer haben ihre Gehaltsregulierung bereits lange unter Dach und Fach gebracht. Beim Lande Niederösterreich wurden bisher jedoch nur die Diener- und Pflegergruppen sowie die im Taglohn Bediensteten mit einer sogenannten Lohnregulierung beglückt, so zwar, daß viele bisher mehr bezogen haben, als ihnen die Gehaltsregulierung an neuen Bezügen bringt. (Ein Kunststück bürokratischer Technik.) Wir Landesbeamte sind vollkommen vergessen und verlassen. Bei vollster Ausnützung unserer Arbeitskraft (Leistungsmentgeflüchter Ueberstunden usw.) müssen wir mit unseren Familien höchstblich verhungern.

Aus einigen Beispielen kann die breite Öffentlichkeit am besten entnehmen, ob es bei unseren Löhnen überhaupt noch möglich ist, zu leben. Ein Kanzlei hilfsbeamter bekommt den Niejengehalt von 165 Kronen monatlich. Ein lediger Kanzleioffizial mit über zehn Dienstjahren hat einen Gehalt samt Teuerungszulagen von 435 Kronen, ein Oberoffizial einen solchen von 528 Kronen (über 14 Dienstjahre), während ein Tagelöhner mit sehr kurzer Dienstzeit einen Taglohn von über 20 Kronen erhält.

Ein noch krasserer Beispiel: Ein Offizial mit zwölf Dienstjahren (verheiratet mit drei Kindern) bekommt an Gehalt und Teuerungszulagen zusammen 673 Kronen monatlich. Dazu eine Gegenüberstellung: Ein qualifizierter Arbeiter verdient heute durchschnittlich 1200 bis 1500 Kronen monatlich. Ein Unterbeamter (ledig) der Staatseisenbahngesellschaft hat ein Monatseinkommen von 984 Kronen.

Seit Begründung unserer Republik wurde viel von Demokratie gesprochen und besonders unsere sozialdemokratischen Regierungsgewaltigen haben gleich zu Beginn ihrer Herrschaft den Grundsatz der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geprägt. Aber wie es in Wirklichkeit damit aussieht, zeigen obige Beispiele. Demokratie und soziale Fürsorge scheint man nur im Wahlkampfe zu kennen. Nach der Wahl leidet man an übergroßer Vergeßlichkeit. Ob aber die wirtschaftliche Knechtung der Beamtenschaft dem Wiederaufbau des Staates von Nutzen ist, wird die nächste Zukunft lehren. Denn wenn unser demokratisch-sozialistisches Zeitalter nur dem manuellen Arbeiter das Recht auf Leben einräumt und den geistigen Arbeiter einfach an die Wand drückt, muß es auch damit rechnen, daß alle Intellektuellen jedwedes Interesse am Staat und seinen Verwaltungskörpern verlieren. Ob aber der Staat nur mit manuellen Arbeitern regieren kann, ist eine Frage, die sich jeder um unser Vaterland besorgte Staatsbürger selbst beantworten kann.

Die Not ist groß. Die Landesbeamtenschaft ist am Ende ihrer Kräfte angelangt. Schon zeigen sich langsam die Zerfällungserscheinungen. Der Selbstmord der Landesmanipulantin Babinet mag den berufenen Kreisen eine Mahnung sein. Es ergeht daher nochmals die dringlichste Bitte an die Menschlichkeit unserer Landtagsabgeordneten, den Beamten das zu geben, was ihnen allein schon als Menschen gebührt, und nicht lange an

unsinnigen, die Öffentlichkeit nur verwirrenden und täuschenden Budgetformalitäten herumzuberaten. Bei halbwegs gutem Willen und Menschenfreundlichkeit wird es gehen. Der Dank vieler Laufender Beamtenfamilien ist den Rettern aus der wirtschaftlichen und sozialen Not sicher.